

FREIE SICHT

Der Strom schwillt an

REINER EICHENBERGER

Flüchtlingsströme unterliegen komplexen Wellenbewegungen. Mal kommen sie aus Eritrea über Italien,



dann aus Syrien und Afghanistan über Südosteuropa, mal fluten sie stark nach Nordeuropa, dann nach Deutschland und oft auch in die Schweiz. Was kann man bei all dem Auf und Ab über die längerfristige Entwicklung sagen?

Die Entscheidung von Menschen, ihre Heimat zu verlassen, hängt von Nutzen und Kosten durch Migration ab. Durch die Globalisierung und den technischen Fortschritt wachsen die Nutzen und sinken die Kosten. Deshalb spricht alles dafür, dass die Migration zunimmt.

Globalisierung und technischer Fortschritt machen die Entwicklungsländer insgesamt reicher. Auch wenn dadurch die Einkommensunterschiede zu den westlichen Ländern eher sinken, nimmt die Wanderung nicht automatisch ab. Im Gegenteil. Die Nutzen der Migranten hängen stark von ihren individuellen Anspruchsniveaus ab. Diese wachsen durch die Globalisierung sowie das damit einhergehende Wirtschaftswachstum. So nehmen Kontakte und Austausch mit den reichen Ländern zu, etwa mit internationalen Firmen als Arbeitgebern, durch den Kauf westlicher Produkte sowie über den Tourismus. Wachsende Bildung und Internetanbindung vergrössern das Wissen über und die Lust auf westlichen Wohlstand und Freiheit und ermöglichen eine gute Ziellandwahl. Zudem erleichtert der technische Fortschritt Geldüberweisungen. Für Migranten wird es immer attraktiver, in den reichen Ländern ein Auskommen zu suchen und Geld nach Hause zu senden.

Zugleich sinken die Kosten der Wanderung. Für Migranten wird es umso einfacher, sich in einem Zielland zurechtzufinden, je mehr Landsleute dort schon zugewandert sind. Dank modernen, App-basierten Navigationsmitteln wird es schnell einfacher, günstige und sichere

«Wir können das Flüchtlingsproblem nicht aussitzen.»

re Wanderungsrouten zu wählen und Hindernisse zu umgehen. Sogar Sprachschwierigkeiten können dank Smartphones mit Übersetzungs-Apps zunehmend kompensiert werden. Schliesslich hilft das Internet auch, den Kontakt mit der Heimat zu wahren. Eine sehr wichtige Kostenkomponente der Wanderung war bisher, dass Migranten ihre Familien verlassen mussten und nur schwer mit ihnen Kontakt halten konnten. Dank internetgestützter Bildtelefonie ändert sich das grundlegend. Immer mehr Flüchtlinge haben heute täglich Kontakt mit ihren Lieben in Wort und Bild.

Was folgt aus all dem? Das Flüchtlingsproblem kann nicht ausgesessen werden. Zum einen wird es immer wieder neue, echte Krisenherde geben, aus denen schnelle, grosse und gezielte Wanderungsbewegungen erfolgen. Zum anderen wird die Wanderung aus Staaten zunehmen, wo die tatsächliche Wohlstandsentwicklung nicht mit den wachsenden Ansprüchen mithalten kann, wo uns aber die Unterscheidung in «richtige» und «falsche» Flüchtlinge schwerfallen wird. Zugleich dürften andere Zielländer restriktiver werden. Höchste Zeit also, intelligente und konstruktive Lösungen für die Schweiz zu entwickeln.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Chefökonom Simon Schmid, «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

Sitzung des Bundesrates: Nach vier Jahren muss sich die Regierung an ihren Zielen messen lassen.

Hohe Ziele, flache Landung

Check Der Bundesrat hat seine selbst gesteckten Ziele zur Wirtschafts- und Finanzpolitik nur teilweise erreicht.

URS PAUL ENGELER

Der Bundesrat hat in einer mit farbigen Bildern alpiner Gipfelstürmer illustrierten und von PR-Spezialisten abgefassten Broschüre vor vier Jahren auf 78 Seiten seine Leitideen und Detailpläne für die Legislatur 2011–2015 publiziert. In wenigen Tagen endet diese politische Periode. Es ist also ein guter Zeitpunkt, zu prüfen, ob die Landesregierung ihre als «verbindlich» deklarierten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele realisiert hat. Das Fazit ist bescheiden:

► **Ausgeglichener Haushalt:** Das allgemeine finanzpolitische Versprechen, die «Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Gleichgewicht» zu halten, konnte einigermassen eingehalten werden. Allerdings verschlechterte sich die Situation zusehends: Resultierte 2011 noch ein Plus von 3,3 Milliarden Franken, so landete man 2013 bei einer schwarzen Null. Ein mageres «Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP)» von 700

Millionen Franken wurde im Parlament zerzaust. Für 2016 sind rote Zahlen im Umfang von 400 Millionen budgetiert.

► **Strukturelle Reformen:** Um den Haushalt dauerhaft zu entlasten, kündigte der Bundesrat eine Auslagerung von Aufgaben (etwa beim Messwesen oder bei der Aufsicht über die Luftfahrt) an. Geschehen ist nichts.

► **Abbau von Subventionen:** Feierlich gelobt wurde 2011 auch, dass «die Subventionen des Bundes generell überprüft», das heisst, durchforstet werden. 2014 hätte dieser kritische Bericht erscheinen sollen. Weil der Aufwand dafür zu gross sei, verzichtete der Bundesrat jedoch auf diese Analyse. In der Zwischenzeit sind die Subventionen, die Bern im Land verteilt, weiter angestiegen, von 34 Milliarden auf gut 36 Milliarden Franken.

► **Neues Führungsmodell Bundesverwaltung:** Das neue Modell, mit dem die Steuerung der Finanz- und Aufgabenplanung verbessert werden soll, wurde zwar implementiert. Für Finanzpolitiker ähnelt das NFB jedoch einem Papiertiger.

► **Wachstumspolitik:** Ein sehr theoretisch gehaltener Bericht «Grundlagen für die Neue Wachstumspolitik: Analyse der bisherigen und Ausblick auf die zukünftige Strategie» (194 Seiten) wurde Anfang 2015 vorgelegt. Die konkreten Handlungsfelder und Reformprojekte sind, obwohl ausdrücklich für dieses Jahr angesagt, allerdings noch nicht identifiziert und publiziert. Die Entwicklung des BIP von 2011 bis 2014 blieb mit einem durchschnittlichen Zuwachs von rund 1,5 Prozent bescheiden. Das BIP pro Kopf, die Messgrösse für den Wohlstand der Bevölkerung, ist in dieser Periode lediglich von 78 146 auf 78 432 Franken angestiegen. Das sind minimale 0,36 Prozent – oder knapp 1 Promille pro Jahr.

► **Abbau der Bürokratie:** Das Anliegen, hemmende und teure Regulierungen abzubauen, wurde erst auf Druck des Parlaments in den Katalog aufgenommen. Die Wirtschaft schätzt die Kosten der Bürokratie auf 50 Milliarden. Der Bundesrat hat 2013 zwar einen Bericht «Administrative Entlastung» vorgelegt, der die Regulierungskosten auf 10 Milliarden Franken veranschlagt, und Ab-

bauvorschläge im Wert von 2,2 Milliarden gemacht. Konkret umgesetzt hat er jedoch nichts.

► **Standortförderung 2016–2019:** Die Botschaft über die weitere Förderung einzelner Wirtschaftszweige wurde im Februar 2015 vorgelegt. Die Massnahmen, konkret sind es weitere Subventionen, sollen insbesondere den Tourismus, die regionale Wirtschaft in den Regionen und kleinere Exportfirmen beleben.

► **Wachsender Finanzplatz:** Ehrgeizige Ziele hatte sich der Bundesrat bei der Entwicklung des Schweizer Finanzplatzes gesetzt. Dank seinen politischen Vorgaben, schrieb er, sollten Banken und Versicherungen «Arbeitsplätze und Wohlstand» schaffen können. Real ist die Branche jedoch geschrumpft: Arbeiteten 2011 noch 132 540 Menschen im Bankenbereich, so waren es 2014 nurmehr 125 289; das ist ein Minus von 5,5 Prozent. Die Finanzinstitute kritisieren die ausufernden politischen Vorgaben aus Bern immer lauter als Fesseln, welche die Entwicklung hemmen.

► **Schutz des Bankgeheimnisses:** Mit einem «Netz von Abkommen zu Abgeltungs- oder Quellensteuer» als Schweizer Gegenmodell zum «sogenannten automatischen Informationsaustausch (AIA), wie ihn das Ausland teilweise fordert», wollte der Bundesrat das Bankkundenheimnis schützen, explizit auch gegenüber ausländischen Kunden. Mit dem raschen Einschwenken auf den laut Bundesrat «administrativ sehr aufwendigen» AIA, der zu «gläsernen Bankkundinnen und Bankkunden» führe, wurde nicht nur das Ziel verfehlt, sondern genau das Gegenteil erreicht.

► **Attraktive Steuerpolitik:** Eine tiefe fiskalische Belastung sei ein wichtiger Faktor im internationalen Standortwettbewerb, erklärte der Bundesrat unter dem Titel «Attraktivität und Glaubwürdigkeit des schweizerischen Steuersystems». Mit der «Unternehmenssteuerreform III» legte er ein Projekt vor, das diese Absicht unterstützt. Im Widerspruch dazu akzeptierte er aber kürzlich die jüngste OECD-Richtlinie BEPS, die durch die internationale Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und Tarife den Steuerwettbewerb beschränkt bis verhindert und eine neue Steuerbürokratie erfordert.

78

Seiten umfasst die Broschüre mit Leitideen.

ANZEIGE



Landi Chair, Design Hans Coray, © Vitra

Hans Coray hinterliess der Welt den Landi-Stuhl. Auch wenn Sie kein Künstler und Möbeldesigner sind: Sie können etwas Bleibendes für die Nachwelt schaffen. Mit einem Testament, einem Legat oder einer Stiftung zugunsten von UNICEF bauen Sie das Fundament einer besseren Welt für Kinder. Wir informieren Sie gerne: UNICEF Schweiz, Pfingstweidstrasse 10, 8005 Zürich, Telefon +41 (0)44 317 22 66 www.unicef.ch

